



**The Meir Amit Intelligence and
Terrorism Information Centre**

Update: der Terror und der israelisch- palästinensische Konflikt (21. – 27. März 2012)



Beerdigung der vier bei dem Terroranschlag in Toulouse getöteten Juden in Jerusalem
(Foto: Shuki Lehrer, mit Genehmigung von ZAKA, 22. März 2012)

Übersicht

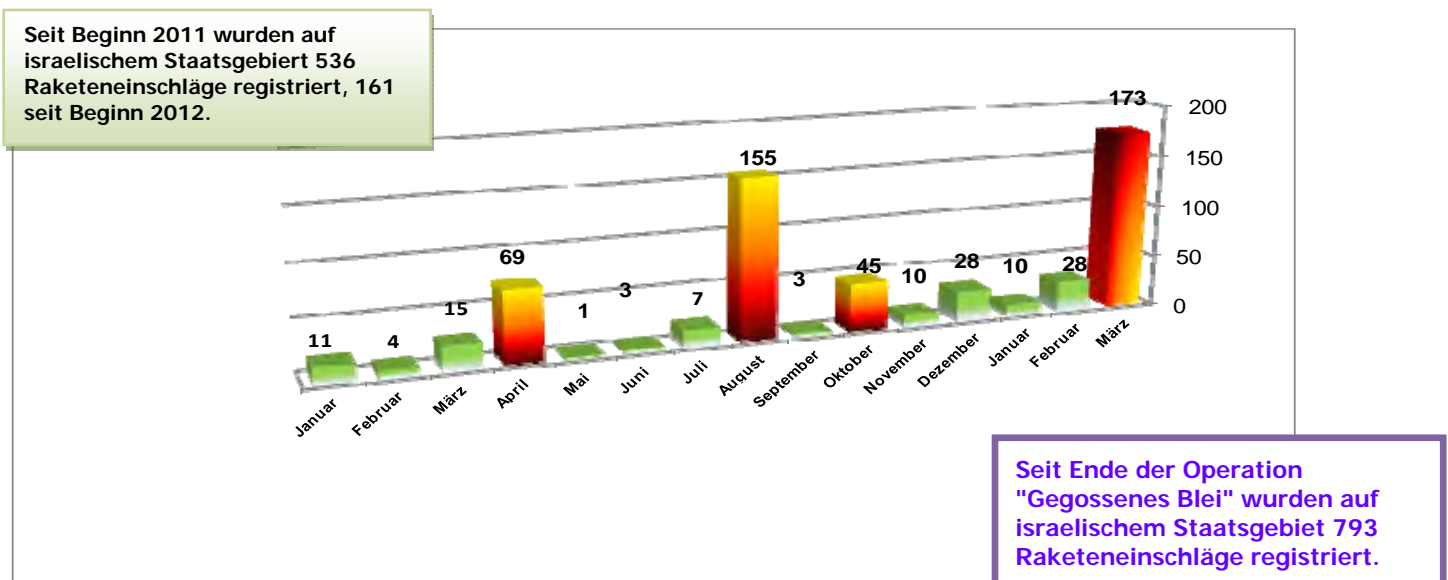
- Die vergangene Woche verlief für den Süden Israels relativ ruhig.
- Der UN Menschenrechtsrat, eine antiisraelische UN Agentur mit Sitz in Genf, beschloss die Gründung einer Kommission zur Untersuchung der israelischen Siedlungen in Judäa und Samarien. Der israelische Ministerpräsident kritisierte den MRR in strengsten Worten. Es wurde berichtet (Haaretz), Israel denke an eventuelle Strafmaßnahmen gegen die palästinensischen Behörde, die diesen Beschluss als einen weiteren Sieg auf der internationalen Bühne ansieht.
- Palästinensischen Medienberichte über Verwaltungshaft haben zugenommen, mit Fokus auf Hana Shalabi, einer in Verwaltungshaft befindlichen Aktivistin der palästinensischen islamischen Jihads. Gestützt auf eindeutige nachrichtendienstliche Hinweise entschied ein Militärgericht, sie habe an der Vorbereitung eines Terroranschlage teilgenommen.
- Die Vorbereitungen der zahlreichen, für kommenden Freitag, dem 30. März geplanten Propagandaveranstaltungen werden aktiv fortgesetzt. Verschiedene Aktivisten, größtenteils islamistischer Ausrichtung, nehmen an den Vorbereitung teil. Geplant sind u. a. Kundgebungen und von den Nachbarländern und aus Judäa, Samarien und dem Gazastreifen ausgehende Märsche an die israelischen Grenzen und innerhalb der israelischen Landesgrenzen selbst ("Tag des Bodens"), sowie in zahlreichen Städten der Nahen Ostens und der ganzen Welt.

Ereignisse im Süden Israels

Raketeneinschläge

- Die vergangene Woche verlief für den Süden Israels relativ ruhig. **Auf israelischem Boden wurden keine Raketeneinschläge registriert.** Die letzte identifizierte Rakete schlug am 20 März im westlichen Negev ein. Sie verursachte weder Opfer noch Sachschaden.

Raketeneinschläge auf Ortschaften im westlichen Negev¹



Hinweis: Die Zahlen für März enthalten die 50, während der letzten Eskalationsrunde aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketen, die vom "Iron Dome" Luftabwehrsystem geortet und zerstört werden konnten.

Entschärfung einer Straßenrandbombe in unmittelbarer Nähe des Sicherheitszauns

- Eine IDF Truppe entdeckte bei ihrer operativen Routinetätigkeit in der Nähe des Sicherheitszauns im südlichen Gazastreifen einen IED Sprengkörper, der für den Einsatz gegen IDF Soldaten vorbereitet worden war. (IDF Sprecher, 26. März 2012).

¹Diese Statistik läßt die schon im Gazastreifen eingeschlagenen Raketen unberücksichtigt. (Stand 27. März 2012)



Die in der Nähe des Sicherheitszauns im südlichen Gazastreifen entdeckte und entschärfte Straßenrandbombe (IDF Sprecher 26. März 2012)

Hamas Terroraktivist festgenommen: Geplant waren ein Selbstmordanschlag und die Entführung eines IDF Soldaten durch die Sinai Halbinsel

- **Muhammed Hussein Awad Abu Ghadra**, wohnhaft in Rafah, wurde Ende Februar 2012 festgenommen, als er versuchte, aus dem Gazastreifen kommend in israelisches Staatsgebiet einzudringen. Während seines Verhörs gestand er, vor einem Jahr, im Februar 2011, an kriminellen Aktivitäten teilgenommen zu haben und aus dem Gazastreifen durch einen der zahlreichen Tunnels in die Sinai Halbinsel geflohen zu sein. Nach einigen Monaten in der Sinai Halbinsel traf er auf Yunis Shalouf , einem in Rafah ansässigen Mitglied der Izz al-Din al-Qassam Brigaden, dem militärisch-terroristischen Flügel der Hamas, der ihm vorschlug nachrichtendienstliche Angaben für die Organisation zu sammeln.
- Er nahm das Angebot an und wurde in den Gazastreifen zurückgeschmuggelt. Dort erfuhr er eine umfassende militärische Schulung und **wurde damit beauftragt, Informationen und Hinweise über passende Objekte für Terrorangriffe zu sammeln**. Einer seiner Angehörigen schloss sich ihm an und gemeinsam kehrten sie in die Sinai Halbinsel zurück. Während des gesamten August 2011 setzten sie hochwertige Fotoapparate und Navigationsgeräte ein, um Beobachtungen durchzuführen und Objekte auszusuchen. Sie stützten sich dabei auf die Hilfe von Ortsansässigen. Unter den Objekten, über die sie Informationen sammelten gehörten **der Taba Grenzübergang von Israel in die Sinai Halbinsel, IDF Posten entlang der israelisch-ägyptischen Grenze und bestimmte Orte in der südisraelischen Stadt Eilat. Mehrere Male drangen sie auf israelisches Staatsgebiet ein**.
- Die Angaben wurden in den Gazastreifen geleitet; dort wurden sie von hochrangigen Hamas Aktivisten überprüft und untersucht. Gegen Ende 2011 wurde Muhammad Abu Ghadra in den Gazastreifen zurückgeschickt. Dort fand ein Treffen mit Raed Attar statt, einem der Anführer der Izz al-Din al-Qassam Brigaden in Rafah, der an der Entführung von Gilad Shalit

beteiligt gewesen war. Abu Ghadra erklärte sich dazu bereit, Panzerabwehrraketen auf militärische und zivile Objekte an der israelisch-ägyptischen Grenze abzufeuern und aus der Sinai Halbinsel Raketen auf israelisches Territorium abzuschießen. Er sagt aus, Raed Attar habe ihm von dem Plan erzählt, **einen israelischen Soldaten zu entführen. Es war auch geplant, eine Truppe von Selbstmordattentätern nach Eilat einzuschleusen.** Muhammad Abu Ghadra erklärte, er habe sich dazu bereit erklärt, diese Truppe einzuschleusen (Israelische Sicherheitsbehörde, 21. März 2012)

Judäa und Samarien

Die palästinensische Kampagne zugunsten der Häftlinge

- **Die Kampagne der Palästinenser für die in Verwaltungshaft befindlichen Häftlinge dauert an.** Die palästinensischen Medien beschäftigen sich intensiv mit diesem Anliegen, täglich finden in Judäa, Samarien und dem Gazastreifen Demonstrationen zu diesem Thema statt. **Mahmoud Abbas und Salam Fayyad** nehmen an der von der palästinensischen Behörde in Judäa und Samarien organisierten Kampagne zur Unterstützung der Häftlinge und der Proteste teil. Im Gazastreifen sind Aktivisten der Hamas und des palästinensischen islamischen Jihads an den Aktivitäten beteiligt. Der Innenminister der de-facto Hamas Regierung **Fathi Hamad** ist für die Koordinierung aller Aktivitäten verantwortlich.

- Die Kampagne fokussiert auf **Hana Shalabi**, einer Terroraktivistin, die vor mehr als 40 Tagen einen Hungerstreik began. Hana Yehya Shalabi wurde 1982 geboren. Sie lebt in Burqin, einem Dorf im Kreis Jenin in Samarien. Im September 2009 wurde sie wegen ihrer Tätigkeit im palästinensischen islamischen Jihad verhaftet. Unseren Angaben zufolge äußerte sie sich während ihres Verhörs auf ausgesprochen gewaltsame Art und Weise und versuchte, ihre Vernehmer physisch anzugreifen. Das Verhör erbrachte keine ausreichenden rechtliche Beweise, um sie strafrechtlich anzuklagen. **Es wurde jedoch eine große Menge von glaubhaften, vielschichtigen und eindeutigen geheimdienstlichen Angaben über ihre aktive Teilnahme an terroristischen Tätigkeiten gesammelt.**

- Hana Shalabi wurde einem militärischen Verwaltungsgericht vorgeführt. **Am 4. März 2012 erklärte Richterin Dahlia Kaufmann**, die geheimdienstlichen Angaben über ihre Tätigkeiten seien **konkret und zuverlässlich** und **gäben ihre Entschlossenheit zu erkennen, einen Terrorangriff durchzuführen**, mit dessen Vorbereitungen sie schon begonnen habe. Die vorsitzende Richterin fügte hinzu, die geheimdienstlichen Angaben wiesen darauf hin, Shalabi habe nicht einfach geprahlt, wie es die Verteidigung darzustellen versuchte, sondern dass, wie richtig festgehalten wurde, **sie die Vorbereitungen für den Anschlag schon begonnen hatte.**



Solidaritätskundgebungen im Gazastreifen mit den hungestreikenden Häftlingen, insbesondere mit Hana Shalabi (Qassam.ps. Webseite, 26. März 2012)

Die Situation im Gazastreifen

Die Energiekrise

- **Die Energiekrise im Gazastreifen hat sich intensiviert. Eine permanente Lösung ist bisher nicht in Sicht.** Angesichts der Brennstoff- und Stromknappheit häufen sich die Berichte über **ernsthafte Störungen im Alltagsleben des Gazastreifens**. Die Krise führte die de-facto Hamas Regierung dazu, Brennstoffv Versorgungskürzungen vorzunehmen (Safa Nachrichtenagentur, 20 März 2012).
- **Die de-facto Hamas Regierung wird von der Bevölkerung des Gazastreifens scharf kritisiert.** Dies zeigt sich in den Demonstrationen und dem Steinhagel auf öffentliche Einrichtungen (Safa Nachrichtenagentur, 23. März 2012). **Die Hamas ihrerseits versucht, den Zorn der Bewohner auf Ägypten, Israel, die Fatah und die Palästinensische Behörde zu umzudirigieren** (letztere wurde beschuldigt, die für die Lösung der Krise vorgesehenen Gelder gestohlen zu haben). Am 23. März organisierte die Hams an drei verschiedenen Orten Massendemonstrationen unter dem Thema "Gaza erleuchten lassen und die Verschwörung aufdecken". Bei den Kundgebungen beschuldigten die Redner Israel und die palästinensische Behörde, für diese Situation verantwortlich zu sein und riefen Ägypten dazu auf, Schritte zu Beendigung der Krise zu unternehmen (Al-Aksa TV, 3. März 2012). Im Vorfeld hatte diese Lage zu einer "Schlamm Schlacht" zwischen der Hamas und Ägypten geführt.



Bürger von Gaza bei eine Protestdemonstration gegen die Stromkrise
(Qassam.ps. Webseite, 26. März 2012)

- "Hochrangige ägyptische Quellen" wiesen die von der de facto Hamas Regierung gegen Ägypten erhobenen Behauptungen und Anschuldigungen entschieden zurück. Sie lehnten jede ägyptische Verantwortung für die Energiekrise im Gazastreifen auf das heftigste ab. Diesen Quellen zufolge sind diese Anschuldigungen völlig ungegründet, die Hamas Regierung hat diese Krise "erfunden" und verbreitet Fehlinformationen, um ihre (Regierungs-) Verantwortung für den Gazastreifen nicht übernehmen zu müssen (Al-Hayat, 21. März 2012).
- Wie dem auch sei **haben die ägyptischen Behörden**, mit der Absicht, die Situation etwas zu entspannen, **eine einmalige, von der palästinensischen Behörde gezahlte Lieferung von 450 Tausend Litern Dieselbrennstoff aus Israel in den Gazastreifen vornehmen lassen**. Es handelt sich dabei allerdings um die Brennstoffmenge, die das E-Werk des Gazastreifens in einem einzigen Tag verbraucht. Daher hat das E-Werk, nachdem es am 23. März Strom erzeugen konnte, am 25. März seinen Betrieb wieder eingestellt (Alresalah.net Webseite, 25. März 2012)

Die politische Ebene

Der UN Menschenrechtsrat gründet eine Kommission zur Untersuchung der Siedlungen

- Am 22. März 2012 stimmte der UN Menschenrechtsrat in Genf für die Verurteilung des Staates Israel wegen seiner Siedlungspolitik in Judäa und Samarien. Er beauftragte **eine zu gründenden Untersuchungskommission mit der Prüfung der Auswirkungen des Siedlungsbaus auf die zivilen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte des palästinensischen Volks, einschließlich Ostjerusalems**. Sechsendreißig MRR Mitglieder stimmten dafür, zehn Mitglieder enthielten sich der Stimme, **nur die Vereinigten Staaten stimmten dagegen**.
- **Israel übte strengste Kritik an der Entscheidung des MRR und erhob Einspruch dagegen**. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärte: "Dieser Rat ist heuchlerisch, mit einer automatischen Mehrheit gegen Israel und sollt sich

schämen. Bis zum heutigen Tag hat dieser Rat 91 Entschlüsse verabschiedet. 39 von ihnen befassten sich mit Israel, drei mit Syrien und eine mit dem Iran. Es reichte, bei der heutigen Debatte der Rede des syrischen Vertreters über die Menschenrechte zuzuhören, um festzustellen, wie wirklichkeitsfremd dieser Rat ist. Ein weiterer Beweis für seine völlige Unkenntnis der Wirklichkeit wurde in der vorigen Woche geliefert, als der Rat einen Hamas Vertreter als Redner einlud, einen Vertreter einer Organisation, deren Ideologie auf dem Mord von Unschuldigen basiert"² Es wurde weiterhin berichtet, dass Israel als Reaktion darauf, gegen die palästinensische Behörde eine Reihe von Strafmaßnahmen ins Auge fassen, u. a. die Verschiebung von Steuergeldüberweisungen an die Palästinenser (Haaretz, 25. März 2012).

■ **Die palästinensische Behörde** wertet die Entscheidung zur Gründung einer "Untersuchungskommission" als weiteren Sieg auf der internationalen Bühne. Ihre Sprecher greifen Israel an und verurteilen die Haltung der Vereinigten Staaten:

- **Saeb Erekat**, Mitglied des PLO Exekutivausschusses und sein Chefunterhändler kritisierte die Position der Vereinigten Staaten und sagte, ihr Votum gegen diese Entscheidung sei ein großer Fehler der amerikanischen Außenpolitik. Er drückte seine strenge Verurteilung der israelischen Absicht aus, die palästinensische Behörde nach ihrem Aufruf an die UN zu 'bestrafen' und die Überweisung von Steuergeldern an die palästinensische Behörde einzufrieren. Der kündigte an, die palästinensische Behörde werde in Reaktion darauf, eigene Schritte unternehmen (Al-Quds, 25. März 2012). Er soll weiterhin erklärt haben, **die palästinensische Behörde werde ihre diplomatischen Vorstöße in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Gremien fortsetzen**, um "Palästinas" Position auf der internationalen Bühne zu festigen (Chinesische Nachrichtenagentur, 25. März 2012).
- **Nabil Abu Rudeina**, Sprecher und Bürochef von Mahmoud Abbas erklärte, die Entschliebung des MRR sei eine klare Botschaft an die Adresse Israels, die Verstöße gegen das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser einzustellen (Al-Hayat Al-Jadeeda, 23. März 2012).
- **Mustafa Barghouti**, Generalsekretär der "Palästinensischen Nationalen Initiative", (verantwortlich für die BDS Kampagne Israel zu isolieren), erklärte, bei Israels Absicht, die Überweisung der Steuergelder an die Palästinenser zu unterbrechen, handle es sich um "politische Piraterie und Erpressung". Er sagte, als Reaktion darauf **sollten** die Reihen geschlossen, der **Volksaufstand ausgeweitet und der Boykott israelischer Produkte verstärkt werden** (Ma'an Nachrichtenagentur, 25. März 2012)

²<http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/Spokesman/2012/03/spokeadam220312.htm>.

Terroranschläge im Ausland

Terroranschlag auf die jüdische Schule in Toulouse

■ Die vier in Toulouse getöteten Juden, Jonathan Sandler und seine beiden Söhne Arie und Gabriel und Miriam Monsonogo, wurden am 22. März in Israel, in der Stadt Jerusalem, beigesetzt. Tausende nahmen an der Beerdigung teil, darunter auch israelische Regierungsmitglieder und der französische Außenminister Alain Juppé.



Beerdigung der bei dem Terroranschlag in Toulouse ermordeten Juden
(Foto Shouki Lehrer, mit Genehmigung von ZAKA, 22. März 2012)

■ Innerhalb von 48 Stunden nach dem Angriff, hatte die französische Polizei den Terroristen aufgespürt, der in der jüdischen Schule in Toulouse vier Menschen und bei einem vorherigen Angriff 3 französische Soldaten getötet hatte. Es handelte sich um den **24-jährigen Mohammed Merah, einem französischen Staatsbürger algerischer Herkunft, der in den letzten Jahren in Toulouse wohnhaft war und in einer Autowerkstatt arbeitete.** In den letzten Jahren stand er in engem Kontakt **mit radikalislamistischen Elementen und besuchte mehrmals Afghanistan und Pakistan.** Er könnte dort auch **durch die Taliban ausgebildet** worden sein.

■ Merah verbarrikadierte sich im Badezimmer seiner Wohnung – nach 32-stündiger Belagerung stürmte die schwerbewaffnete Polizei seine Wohnung. Als die Polizei in die Wohnung eindrang, sprang er um sich schießend aus dem Fenster und verwundete zwei Polizisten, - einen von ihnen schwer. **Die Polizei schossen auf den Terroristen und töteten ihn.**

■ **Nach seinem Tod wurde bekannt, dass er Israel, den Irak, Syrien und Jordanien besucht hatte.** Aus einer Überprüfung durch die israelischen Sicherheitsbehörden geht hervor, dass er im September 2010 auf seinem Weg nach Afghanistan durch Israel gereist war. Er reiste aus Jordanien kommend über den Grenzübergang an der Allenby Brücke ein. Sein Name löste einen gewissen Verdacht aus und er wurde genauer befragt. Als der Verdacht einer Beteiligung an subversiven Aktivitäten jedoch ausgeräumt worden war, bekam er eine Einreisegenehmigung. Er reiste mit einem französischen EU Pass ein, erhielt ein Touristenvisum und reiste drei Tage später wieder aus (Ynet, 26. März 2012).